

A7NEU3 Kapitel Arbeit, Soziales, Prävention und Wohnen

Gremium: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rhein-Kreis Neuss

Beschlussdatum: 21.03.2020

Text

1 ARBEIT, SOZIALES, PRÄVENTION UND WOHNEN

2 Soziales und Arbeitsmarkt: Solidarisch, gerecht, inklusiv

3 GRÜNE Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Rhein-Kreis Neuss steht für
4 Gerechtigkeit, Integration, Solidarität und Selbstbestimmung.

5 In einer inklusiven, solidarischen und gerechten Gesellschaft gehören alle
6 Menschen dazu. Niemand wird an den Rand gedrängt und jede*r kann sich
7 entsprechend seiner und ihrer Fähigkeiten selbstbestimmt entfalten, unabhängig
8 von Alter, Geschlecht, Herkunft, sozialem Status, Bildung und davon welcher
9 gesellschaftlichen Gruppe sie angehören. Dieses Ideal möchten wir verwirklichen.

10 Sozialpolitische Kernaufgabe ist auch die Absicherung, Unterstützung und
11 Förderung derjenigen, die nicht allein Anschluss finden. Basis hierfür ist eine
12 gute Beratungsstruktur. Deshalb brauchen wir eine bessere Ausstattung
13 vorhandener Anlaufstellen, eine langfristige finanzielle Absicherung und den
14 Ausbau von Angeboten in den sozialen Einrichtungen.

15 Die Arbeit der Mitarbeiter*innen der Anlaufstellen (Schwangerschaftsberatung,
16 Verbraucherzentrale, Schuldnerberatung, Erziehungshilfe, AIDS-Hilfe, Frauen
17 helfen Frauen, Freiwilligenzentrale, Arbeitslosenberatung, Beratung für
18 Wohnungslose usw.) ist unverzichtbar. Nur eine gute Ausstattung sichert die
19 Qualität dieser für die Menschen in Problemsituationen.

20 Wir sind dagegen, dass der Rhein-Kreis Neuss in der Arbeits- und Sozialpolitik
21 nur dort aktiv ist, wo er durch Gesetze dazu gezwungen wird. Soziale
22 Verantwortung darf nicht nur bei Pflichtleistungen ansetzen – Sozialpolitik im
23 Kreis muss freiwillige Leistungen umfassen, die dazu beitragen, ein soziales
24 Netz zu erhalten, von dem alle Bürger*innen profitieren.

25 Wir wollen gegen zunehmende Ungleichheit und für den sozialen Zusammenhalt in
26 unserem Kreis kämpfen und es so nicht zulassen, dass diejenigen, die sich
27 abgehängt fühlen, den Versprechungen und vermeintlichen Lösungen der
28 Rechtspopulist*innen und Rechtsextremen aufsitzen werden.

29 Wir GRÜNE wollen:

- 30 • gerechte und realistische Mietobergrenzen für SGB II und SGB XII –
31 Bezieher*innen, das heißt, dass der grundsicherungsrelevante Mietspiegel

angehoben wird. Auch muss es zusätzliche Härtefallregelungen geben, zum Beispiel für Alleinerziehende.

- niedrigschwellige und barrierefreie Beratung zur Vermeidung von Energiearmut.
- ermäßigten bzw. kostenlosen Eintritt bei allen sportlichen und kulturellen Angeboten für SGB II und SGB XII – Bezieher*innen.
- die Einführung eines Rhein-Kreis-Neuss Pass – Sozialpass- für einkommensschwache Personen.
- einen Verhütungsmittel-Fond einrichten.
- den Zugang zu den Leistungen des Bundesprogramm Bildung und Teilhabe (BuT) durch eine Bildungskarte vereinfachen.
- auf der Homepage des Rhein-Kreis Neuss eine Version in leichter Sprache einführen, um Menschen mit niedrigem Bildungsniveau, mit einer kognitiven Einschränkung und Migrant*innen den Zugang zu wichtigen Informationen zu ermöglichen.
- soziale Netze, Nachbarschaften und bürgerschaftliches Engagement befördern sowie unterstützen, um soziale Teilhabe für alle sicherzustellen.
- eine Willkommenskultur für alle Menschen, die in den Rhein-Kreis Neuss ziehen, unabhängig davon, woher sie kommen, etablieren.

Senior*innen gesellschaftliche Teilhabe aktiv ermöglichen

In Zukunft leben mehr hochaltrige, multimorbide Menschen im Rhein-Kreis Neuss. Sie wollen am Leben teilhaben, pflegerisch und gesundheitlich versorgt werden.

Der Rhein-Kreis Neuss hat gute Strukturen der Wohn- und Pflegeberatung. Diese Strukturen müssen mindestens erhalten und bei steigendem Bedarf aufgestockt werden.

Für uns GRÜNE ist ein wichtiges Ziel, ältere Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dazu bedarf es einer rechtzeitigen und umfassenden Beratung ebenso wie der Schaffung oder Erhaltung einer für alte Menschen erreichbaren die Infrastruktur. Dazu gehören Beratungseinrichtungen und Anlaufstellen, ebenso die Möglichkeit, eine angemessene Wohnform zu finden. Hierbei müssen die Wünsche der Bewohner*innen im Vordergrund stehen.

Wir wollen, dass die Menschen in ihrem angestammten Umfeld bleiben können. Die Selbstversorgung muss durch kurze Wege und eine gute pflegerische Versorgung sichergestellt werden. Ein wesentlicher Beitrag hierzu sollte die Stärkung des selbständigen Wohnens mit niederschweligen Betreuungsangeboten und einer Versorgungssicherheit sein, die im Verhältnis zu der Unterbringung von älteren und pflegebedürftigen Menschen in Wohn- und Pflegeheimen erhebliche Vorteile bei der Wohn- und Lebensqualität bietet. Hier sind Altenwohnungen, Mehr-Generationen-Häuser, Hausgemeinschaften oder auch kleinere Heime in der Nachbarschaft vorstellbar. Wie eine Studie zum Kostenvergleich von ambulanten

73 und stationären Wohn- und Pflegeformen festgestellt hat, kann bei etwa gleichem
74 Mitteleinsatz im ambulanten Wohnen erheblich mehr Pflege-, Unterstützung und
75 Begleitung für eine pflegebedürftige Person geboten werden.

76 Wir GRÜNE wollen:

- 77 • neue Wohnformen für "Jung und Alt" fördern, Quartiere entwickeln, den
78 Sozialraum mit Leben füllen und Infrastrukturdefizite kompensieren. Das
79 ist nicht nur für alte Menschen gut, es ist attraktiv für Familien mit
80 Kindern und gelebte Inklusion.
- 81 • Angebote zur Qualifizierung und Entlastung pflegender Angehöriger
82 auszubauen (z.B. Seminare für pflegende Angehörige zur Erleichterung ihrer
83 Arbeit).
- 84 • tragfähige Konzepte zur Bekämpfung der Altersarmut implementieren.
- 85 • Konzepte für zielgerichtete Hilfen für ältere Migrant*innen erarbeiten,
86 insbesondere kultursensible Altenpflege für migrierter Personen.
- 87 • Quartiere mit Sozialräumen und Beratungsstellen, in denen sich alle
88 Menschen austauschen, entwickeln und einander unterstützen können.
- 89 • Patenschaften, um die Kompetenzen älterer Menschen an nachfolgende
90 Generationen weiterzugeben, sowie Familien und Kinder zu fördern,
91 Einsamkeit zu mindern und lebenslanges Lernen zu unterstützen.
- 92 • Digitale Teilhabe mit Unterstützung von Initiativen wie "Ausbildung zum
93 Technikbotschafter*in".

94 Menschen mit Handicaps unterstützen

95 Wir wollen uns für Möglichkeiten einsetzen, dass Menschen mit Handicaps
96 selbstbestimmt und gleichberechtigt lernen, wohnen, arbeiten und ihre Freizeit
97 verbringen können.

98 Wir GRÜNE wollen:

- 99 • dass die Umsetzung der Rechte, die Menschen mit Behinderungen aus der UN-
100 Behindertenrechtskonvention zustehen, eingehalten wird.
- 101 • dass die speziellen Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen bei
102 allen Entscheidungen des Kreises berücksichtigt werden und eine
103 barrierefreie Infrastruktur gegeben ist.
- 104 • dass darauf geachtet wird, dass jede Form der Ausgrenzung von Menschen mit
105 Behinderungen, ob baulicher, sozialer oder organisatorischer Art
106 verhindert wird.
- 107 • dass bei allen politischen Entscheidungen die Interessen der Menschen mit
108 einer Behinderung mitgedacht werden.

109 Arbeitsmarkt menschlich und gerecht gestalten

- 110 Obwohl sich die Beschäftigungsentwicklung in den letzten Jahren günstig
111 gestaltete, nahm die Zahl der Menschen, die auf Dauer oder lange Zeit arbeitslos
112 und auf Hartz IV-Leistungen angewiesen ist, im Rhein-Kreis Neuss zu. Immer mehr
113 Menschen bleiben in der Arbeitslosigkeit „kleben“.
- 114 Auch haben immer noch viel zu viele Menschen unsichere oder schlecht entlohnte
115 Jobs – davon sind am meisten Frauen betroffen.
- 116 Die Chancen von Arbeitslosen, einen Arbeitsplatz zu finden, sind sehr ungleich
117 verteilt. Neben dem Alter kommen die klassischen Ursachen der
118 Langzeitarbeitslosigkeit hinzu: die Dauer der Arbeitslosigkeit, das Geschlecht,
119 eine alleinige Erziehung des oder der Kinder, ein möglicher
120 Migrationshintergrund oder die (fehlende) Ausbildung. Aber auch Menschen mit
121 gesundheitlichen Einschränkungen sind dauerhaft von Arbeitslosigkeit betroffen,
122 weil in vielen Unternehmen vorrangig Befürchtungen statt Chancen gesehen werden.
- 123 Das Zusammentreffen mehrerer negativer Faktoren führt schnell zu
124 Konstellationen, die eine Eingliederung sehr schwierig bzw. unmöglich machen.
- 125 Wir erleben aber auch einen fundamentalen Wandel der Arbeit. Sie wird immer
126 digitaler, mobiler und vernetzter.
- 127 Diese Entwicklungen wollen wir GRÜNE für Alle fair gestalten. Jede*r braucht
128 eine berufliche Perspektive und soll unter bestmöglichen Bedingungen arbeiten
129 können. Hierfür sehen wir die Gremien des Jobcenters und der Arbeitsagentur als
130 zentral an.
- 131 Mit dem Strukturwandel stehen wir im Rhein-Kreis Neuss zudem vor neuen
132 Herausforderungen.
- 133 Wir GRÜNE wollen:
- 134 • dass allen Menschen im Rhein-Kreis Neuss eine individuelle und gezielte
135 berufliche Förderung und Weiterbildung ermöglicht werden soll.einer
136 Politik der „sozialen Bodennutzung“ für ausreichend
137 bezahlbaren Wohnraum oberste Priorität einräumen und dabei insbesondere

einen Schwerpunkt auf geringst möglichen Flächenverbrauch, nachhaltiges und ressourcenschonendes Bauen legen.

- dass ausreichend qualifiziertes Personal im Jobcenter beschäftigt wird.
- dass die vorhandenen Beschäftigungsgesellschaften mit dem Ziel unterstützt und ausgebaut werden, Langzeitarbeitslose besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren
- dass allen Erwerbslosen der Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten bleibt.
- dass bei allen Aktivitäten die Vermittlung in eine existenzsichernde Beschäftigung Vorrang hat.
- dass Fort- und Weiterbildung in zukunftsfähige Berufe für Menschen jeden Alters möglich wird
- den öffentlichen Arbeitsmarkt für Menschen mit besonderen Bedürfnissen oder Langzeitarbeitslosen ausweiten
- dass die Mitarbeiter*innen in den Jobcentern für die besondere Situation von Frauen mit Gewalterfahrung, Menschen mit Migrationshintergrund oder Beeinträchtigungen sensibilisiert und geschult werden.
- dass Arbeitslose menschenwürdig behandelt werden.
- dass das Jobcenter des Rhein-Kreis Neuss sich von einer Ordnungsbehörde zu einem Dienstleister für Arbeitslose und ihre Familien entwickelt.
- dass Menschen eine*n persönliche*n Ansprechpartner*innen anstelle des Callcenters haben.

Wohnungspolitik: bezahlbar und ökologisch

Steigende Miet- und Immobilienpreise gehören zu den drängendsten sozialen Herausforderungen, auch im Rhein-Kreis Neuss. Aufgrund des nicht nur wirtschaftlich günstigen Standorts, der Nähe zu Großstädten, des allgemeinen Trends gestiegenen Zuzugs in städtische Regionen und deren Umland sowie der verstärkten Nachfrage von Singlehaushalten ist eine weitere Verschärfung der Situation zu erwarten.

Laut seriösen Prognosen müssten zusätzlich 80.000 neue Wohnungen pro Jahr in NRW gebaut werden, mindestens 20.000 davon als öffentlich-geförderte Mietwohnungen, da insbesondere Menschen mit kleinen Einkommen von der Wohnraumknappheit am härtesten betroffen sind.

Tatsächlich wurden in NRW 2018 jedoch nur etwa 6.000 Wohnungen öffentlich gefördert. Die Politik steht also in Sachen bezahlbarer Wohnraum vor einer großen Aufgabe.

Um dem Bedarf gerecht zu werden, fehlt es vor allem an Bauland. Die immer teurer werdenden Grundstücke führen zu hohen Mieten.

Da aber nur die Städte und Gemeinden über Flächen und Bauland verfügen, kann der Kreis hier nicht selbst aktiv tätig werden. Deshalb lehnen wir das Modell einer

177 Wohnungsbaugesellschaft in der Zuständigkeit des Kreises ebenso ab wie die
 178 Zusammenarbeit mit großen privaten, am Profit orientierten Akteur*innen.

179 Wir GRÜNE wollen:

- 180 • einer Politik der „sozialen Bodennutzung“ für ausreichend
 181 bezahlbaren Wohnraum oberste Priorität einräumen und dabei insbesondere
 182 einen Schwerpunkt auf geringst möglichen Flächenverbrauch, nachhaltiges
 183 und ressourcenschonendes Bauen legen.
- 184 • die Einführung einer Mindestquote von 30% der neu zu errichtenden
 185 Wohnflächen für den sozial geförderten Wohnungsbau.
- 186 • ein dem Stadtbild angemessenes höheres und dichteres Bauen und innovative
 187 Bebauungen (z.B. von Ladenzeilen oder Parkhäusern).
- 188 • dass der Rhein-Kreis Neuss den Kommunen beratend und flankierend zur Seite
 189 steht, indem er:
- 190 • einer Politik der „sozialen Bodennutzung“ für ausreichend Wohn- und
 191 Pflegeprojekte oberste Priorität einräumt.
- 192 • die Gründung von Wohnungsgenossenschaften und kommunalen
 193 Wohnungsbaugesellschaften mit seinem Know-How aktiv unterstützt.
- 194 • bestehende kommunale Wohnungsbaugesellschaften sowie -genossenschaften
 195 stärkt.
- 196 • nachhaltiges, ressourcenschonendes Bauen, gerade auch im sozial
 197 geförderten Wohnungsbau, modellhaft durch vielfältige Aktionen (Tagungen,
 198 Kongresse, Beratungsangebote, Zusammenarbeit mit Hochschulen u.ä.)
 199 unterstützt. Hierzu gehören insbesondere klimafreundliche Modernisierung,
 200 energetische Quartierssanierung und ökologisches und flächensparendes
 201 Bauen und Wohnen.
- 202 • kreiseigene Gebäude zukünftig beim Neubau oder der Kernsanierung nach den
 203 Grundsätzen des im Bundesbau etablierten Bewertungssystems Nachhaltiges
 204 Bauen (BNB) zu zertifizieren sind und dabei mindestens 65% der
 205 dortgenannten Kriterien erfüllen (Silberstandard) .
- 206 • sich zur Modellregion für nachhaltiges Baurecycling entwickelt.
- 207 • eine Initiative zugunsten des Bauens mit Holz und mit Recycling-Baustoffen
 208 ergreift und im Sinne einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft den
 209 gesamten Lebenszyklus seiner Gebäude in den Blick nimmt.
- 210 • Den Bau eines Baustoff-Recyclingzentrums in Grevenbroich-Frimmersdorf
 211 fördert und die Idee einer Bauteilbörse unterstützt. Damit können

212 zukünftig intakte Bauteile wie Türen oder auch Metallträger eines älteren
213 Gebäudes in neue oder zu sanierende Gebäude eingebaut werden.

214 • Beratung in wohnungsbaupolitischen Fragen vermittelt, wie z.B. zu den
215 Vorteilen von Erbpacht-Modellen.

216 • aktuelle Analysedaten zur Wohnungssituation im Rhein-Kreis Neuss erhebt
217 und zur Verfügung stellt.

218 • Beratungen durch Mietervereine und den Mieterbund aktiv unterstützt.

219 Gesundheit und Prävention: Den Mensch in den Mittelpunkt stellen

220 In der Gesundheitspolitik verfolgen wir einen ganzheitlichen Ansatz für alle
221 Bevölkerungsgruppen mit ihren individuellen und spezifischen Bedürfnissen. Die
222 Stärkung und bessere Vernetzung von präventiven Konzepten in allen
223 Gesundheitsbereichen sind dringend geboten. Einen Schwerpunkt wollen wir hier
224 bei den Kindern setzen. Förderung von Motorik ist dabei genauso wichtig wie
225 Unterstützung bei Störungen im Sprach- oder emotionalen Bereich.

226 Wir werden das neu fusionierte Rheinland-Klinikum konstruktiv-kritisch auf
227 seinem Weg des Zusammenwachsens begleiten. Hierbei sind vor allem die
228 hochwertige und flächendeckende Patient*innenversorgung, aber auch die
229 wirtschaftliche Stärke und Stabilität des Klinikums, die dafür die Grundlage
230 bildet, unsere wichtigsten Ziele. Gesundheitsversorgung darf sich nicht allein
231 an betriebswirtschaftlichen Kriterien orientieren.

232 Die medizinische Versorgung ist umfassend barrierefrei zu gestalten; u.a.
233 erleichterter und lückenloser Zugang zu adäquaten Übersetzer*innen für die
234 Verständigung und eine gute medizinische Behandlung Zugewanderter sollte
235 geschaffen werden. Für die Diagnostik bei Menschen mit Handicaps oder Menschen
236 mit Demenzen muss das Personal ausreichend Zeit haben.

237 Der Kreis ist in der Pflicht, angemessene Vorsorge vor Pandemien und Seuchen zu
238 treffen.

239 Auch die Beschäftigten des Rhein-Kreis Neuss sollen gesund bleiben. Alle
240 Möglichkeiten der betrieblichen Gesundheitsförderung (z.B. Bonus-Punkte-Systeme)
241 sind zu nutzen; weitere Ideen der Belegschaft sind umzusetzen.

242 Wir sehen im Präventionsbereich eine zentrale Rolle beim Gesundheitsamt. Hier
243 sollen zielgruppenspezifische Gesundheitsprogramme z. B. muttersprachliche
244 Vorträge für Frauen, Schwangerschaftskonfliktberatung, Sportangebote u.v.m.
245 konzipiert werden.

246 Wir GRÜNE wollen:

- 247 • Gesundheitsförderung und -aufklärung von Klein an in Kitas und Schulen,
248 eine vitaminreiche Ernährung sowie Sport und Bewegung.
- 249 • eine konsequente Nutzung aller Präventionsprogramme von Bund, Land und
250 Krankenkassen.
- 251 • die beste Krankenhausversorgung auf hohem Niveau, gut erreichbar für alle
252 Bürger*innen.
- 253 • Boys-Days, um auch männliche Pflegende anzuwerben.
- 254 • die Ausbildung in der Schule für Krankenpflege auf Spitzenniveau.
- 255 • eine verstärkte Mitarbeiter*innen-Bindung und Werbung durch Erhöhung der
256 Attraktivität der Gesundheits- und Pflegeberufe (z.B. über Bonus-Punkte-
257 System für soziales- und ausbildungsunterstützendes Engagement).
- 258 • eine geschlechtsspezifische Gesundheitsversorgung, damit Männer und Frauen
259 die Medikamente erhalten, die sie auch benötigen.
- 260 • eine individuelle und kultursensible Pflege, da die Bedürfnisse von
261 Patienten*innen aus verschiedenen Kulturen bedacht werden müssen.
- 262 • den Ausbau der Hilfen für Sucht- und Drogenkranke.
- 263 • die Unterstützung der Hospizdienste und aller palliativ Tätigen.